

Ihre Folge. Der Druck der Fremdherrschaft tragen ganz besonders die Arbeiter, die Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Witwen und Waisen, die Größten Elend ist die Folge der Besetzung. Diese Methode wird allen der französischen Militärbefehlshaber die Zivilisation. Sie verhängen den Wiederaufbau Europas dadurch unterdrückt das wirtschaftliche Streben der Menschen nach Wohlstand und Glück und beschränkt das ganze Wirtschaftswesen der Welt zum Schaden aller Völker. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu seinem Ende zu führen. An Euch, Arbeiter der Welt, werden wir uns, wenn in diesem Kampfe zu unterstützen, denn unser Sieg ist auch Euer Sieg.

Die Bergarbeiterverbände werden sich in einem anderen Aufsatze an die Bergarbeiter des Ruhrgebietes: Die Ereignisse der letzten Tage zeigen den Beweiskraft, daß die Besetzung, die Arbeiterkraft zu produzieren. Aber, bis jetzt, rügte aber entschlossene Widerstand ist den Bedingungen ungenügend. Sie versuchen, durch einen allgemeinen Aufruf der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bisher nicht möglich gewesen ist. An die Bergarbeiterkraft richten wir die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit bis hierher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Widerstand gegen die Fremdherrschaft festlegen zu können. Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus ist nichts entgegenzusetzen als ein allgemeiner Aufruf der Kommunisten und Unionisten die fortgesetzt nach dem Generalkrieg rufen, unter diesen Bedingungen oder unbenutzt die Pläne Poincarés.

Die Londoner Besprechungen.

Die Transportsfrage im Ruhrgebiet.

London, 15. Februar. Die französische Delegation, die nach London gekommen ist, um mit der britischen Regierung über die Frage des Transports in dem besetzten deutschen Gebiet zu verhandeln, hatte am Donnerstag Vormittag in Downing Street eine Konferenz mit britischen Ministern. Von französischer Seite nahmen daran teil Le Troquer, General Fayot und der Londoner Volkshausier Saint-Aulaire; von britischer Seite Lord Curzon, Lord Balfour und Lord Derby. Die Konferenz wurde schließlich auf Freitag vertagt. Über das heutige Ergebnis wurde kein amtliches Kommuniqué herausgegeben.

„Danks“ heißt einen frommen Wunsch aus. So behauptet die Agitation der britischen Behörden als die den Franzosen zu überlassende Eisenbahnlinie die von Köln-Düren bezeichnet werde.

Die englische Stimmung gegen Frankreich.

Genf, 15. Februar. Über die Beurteilung der Ruhrfrage in London erfahren wir aus durchaus zuverlässiger Quelle folgende Details: In der Presse wie im Volk, abgesehen von einigen Vorherrschaftskreisen und gewissen reaktionären Kreisen, hat gegen Frankreich ausgedehnt, besonders seit dem französischen Antrieben im Kaufmann. Die Londoner Zeitungen von der äußersten Rechten bis zu den liberalen und zu den liberalen demokratischen, und das war fast Meinungsäußerung nicht den Fall. Mehrere Zeitungen nennen Frankreich sogar offen den Feind Englands. Nach allgemeiner Überzeugung, die bis in die Regierungskreise hineinreicht, hat sich der Lage in der Ruhrfrage die Stimmung im Lande. Die Franzosen sind für uns noch, wenn England den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um einzugreifen. Daß Deutschland, und zwar bei jeder Zahlungen noch Zahlungen leisten könnte, wird in London als ganz natürlich betrachtet.

Überläufige Berichte aus Paris sprechen von Entschlossenheit und von dem Anstreben, die Franzosen zu verhindern eine Intervention unter dem Hinweis auf angeblich heimlich stattfindende deutsch-französische Verhandlungen hinsichtlich, die allerdings mit Rücksicht auf England für Deutschland gefährlich würden. Freilich würde die Intervention der Franzosen, die von der Schwere der Wunderrung erregt, da er weiter von Erfüllung, nicht von Intervention gesprochen habe. Erkannt ist man auch darüber, daß nur Sozialisten nach Frankreich und England geschickt werden sind, nicht minder über die Erklärung, daß die Franzosen nicht mehr als die Erfüllung der Bedingungen erfüllen; dies sei seine moralische sozialistische Pflicht. Solche bedeutungsvolle Erklärungen im Feindland zu bekommen in der kritischen Zeit, in der sich jetzt Deutschland befindet, eine neue Entschlossenheit der deutschen Front von hinten.

Die vollkommenste Erfolglosigkeit der französischen Interventionen im Ruhrgebiet wird von den deutschen englischen Presse stark unterstrichen. Besonders der Bericht des Daily Chronicle in Düsseldorf, demnach, hebt dies, mit Nachdruck hervor und betont, daß die französische Demotivierung über die staatslosen Ausreisungen in Westfalen vollständig erlitten seien. Er, Krenn, wird, ganz anders für die Wichtigkeit der französischen Intervention. Der deutsche Satz, werde der Einfluss im übrigen Europa der Erfolg bilden, denn Englands Einflüsse sei nur eine Frage der Zeit. Umsonst müßte vor treffendsten tendenziösen Nachrichten gewahrt werden.

Einige gegen die französische Machtpolitik.

London, 16. Februar. Der Arbeiterführer C. B. Hughes sagte am Donnerstag in einer Rede u. a.: das Vorgehen Frankreichs könne mit keinem Grunde gerechtfertigt werden. Es werde in Europa keinen Frieden geben, solange Frankreich und Deutschland nicht versöhnt sind. Die Beteiligte könne nicht die ungeschriebene Doktrin unterstützen, daß man Deutschland daran hindern müsse, so stark zu werden, als seine Verpfändungen erfüllen könne. Die Rede wurde von der Arbeiterpartei und vielen Liberalen mit lautem Beifall begrüßt.

Neue Befehle für die englischen Truppen in Köln.

Köln, 15. Februar. Es scheint, daß der Kommandeur der englischen Besatzungstruppen in Köln neue Anordnungen für die Engländer bereits empfangen hat. Wichtigsten sind folgende Befehle bezeichnend:

1. Ein englischer Soldat im besetzten Gebiet darf sich einem Heilversahren unterziehen, das länger als drei Tage dauern würde.
2. Die Frauen und Familien der hier weilenden Truppen sollen sobald wie möglich nach England zurückbefördert werden.
3. Die letzte Maßnahme wird allerdings begründet mit der immer schärfer werdenden Verkeimung auch in der englischen Zone.

Kritik an der kaiserlichen Ruhrpolitik.

Köln, 16. Februar. Der „Kantat“, die der Haltung der kaiserlichen Regierung in der Ruhrangelegenheit mit Besorgnis verfolgt, erklärt, die schizophrene Politik Frankreichs würde dazu führen, daß Italien das Schicksal Frankreichs teilen müsse. Er fragt Mussolini, was er zu tun gedenke, wenn England keine Truppen nach Rhein schicken würde. Ferner bittet er um Aufklärung über den Mißerfolg Mussolinis bei seiner Vermittlungssituation zwischen Lord Curzon eine Empfehlung gemacht habe.

Stillelegung der lothringischen Großindustrie?

Paris, 15. Februar. Der Grubenarbeiterfreier im Saargebiet und in Lothringen dauert an. Einer Meldung der kommunistischen Presse zufolge sind Eisenbahner und Metallarbeiter in den genannten Gebieten bereit, in einem Sympathiestreik einzutreten. Die Folgen des bisherigen Ausstands machen sich im Kohlenmangel bemerkbar. Ende dieser Woche wird angeblich die ganze Großindustrie zum Stillstand verurteilt sein. Die französischen Behörden stehen vor der Erklärung des Besatzungslandes. Alle Vorbereitungen sind dazu bereits getroffen.

Paris, 15. Februar. Die alten Gewerkschaften haben sich die von den kommunistischen Gewerkschaften für Freitag ausgegebene Parole zum Generalkrieg der Bergleute auch in den nächsten Ziffern nicht zu eigen gemacht. Sie haben am Mittwoch abend beschlossen, die lokalen Verhandlungen mit den Organisationen der Besessenen fortzusetzen. In den kommunistischen Kreisen rechnet man trotzdem damit, daß die ausgeübte Streikparole von der Mehrheit der Arbeiter bejaht werde.

Geplänkel zwischen polnischen Truppen und litauischen Freischärlern.

Warschau, 16. Februar. Aus Wilna wird gemeldet: Die Uebernahme der von E. angelegten Linie der neutralen Zone durch die polnischen Verwaltungsbehörden begann am Donnerstag früh um 7 Uhr. In Wilna hat die polnische Grenzschutzbrigade ein großes Geplänkel, das einem Offizier und zwei Soldaten bemerkt wurden. Das Dorf Buhajana wurde von der polnischen Grenzschutz besetzt. Die litauischen Freischärler haben bei Buhajana eine Wache in die Luft gesprengt und bei Drang eine Eisenbahnlinie zerstört.

Zur Ruhrspende

Angenommen 100.000.— M. Oberleitenda des Domgnatiums 5380.— M. R. Nr. 5000.— Angenommen 1000.— M. Waderinnung Merseburg 73.000.— Zusammen 184.380.— M. Betrag von gestern 519.762.— M., insgesamt 704.142 M. Weitere Spenden sind dringend erwünscht!

Mitglied der Regierung Simonatis.

Mel, 16. Februar. Am Donnerstag nachmittag hat die aus dem Reichsrat hervorgegangene Regierung Simonatis die Gesetze an die von der Sonderkommission eingeleitete Regierung Gallus gegeben. Die neue Regierung setzt sich nunmehr zusammen aus dem früheren Reichsrat Gallus, dem Reichsrat Gallus als Vizepräsident, dem Reichsrat Gallus als Vizepräsident und dem Reichsrat Gallus als Vizepräsident.

Sturmjahren im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 16. Februar. Die Landtagsitzung am Donnerstag führte zu einer heftigen Szene. Bei der Aussprache über den Etat des Finanzministeriums hielt Finanzminister Dr. Müller eine Rede, während der von der rechten Seite Ausbrüche wie „Dolchstoßhieb“, „Stappensaulenzug“ usw. fielen. Der Abgeordnete Körner nahm dann das Wort für den Bauernbund und warf dem Minister Kritik vor durch einen Vorstoß in Richtung der Franzosen in die Hände gegeben zu haben, der Industrie in den Rücken gefallen sei, die Bevölkerung an der Ruhr verraten, das einseitige Band um die deutsche Nation geschlossen zu haben und beantragte deshalb auf Grund des Artikels 28 der Verfassung die Verabschiedung der Landtagsbeschlüsse. Der Landtag verlangt die sofortige Amtsenthebung des Ministers. Sämtliche Abgeordnete befinden sich in ungeheurer Erregung. Selbst der Reichspostparlamentarische Abgeordnete Geigel sprach von einer Verletzung der Regel, die an dem Vortage in den Bundestag gebracht wurde der Antrag Körners abgelehnt.

Die februargehälter der Beamten.

Berlin, 16. Februar. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag umhüllt der 11. Antrag zum Etat für 1922 beraten. Die Abgeordneten Gensler (Soz.) und Steinfort (Soz.) verlangten, daß die Grundgehälter der Beamten und Staatsanwältinnen entsprechend der Entwertung des Geldes geändert werden müßten, da die Teuerungszuschläge bereits ein Vielfaches der Grundgehälter ausmachten. Als Folge dieser Forderungen wurde der sogenannte Kopfgang anstelle des prozentualen Teuerungszuschlages eingeführt werden. Der Haushaltsnachtrag wurde angenommen. Vom 1. Februar ab werden also zum Grundgehalt, den Entlohnungen, den Teuerungszuschlägen und dem Kopfgang ein neues Gehalt gebildet. Die Frauenaufschläge wurden auf monatlich 12.900 Mark erhöht.

Eine große Mystifikation.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände teilt uns mit: Der „Vorwärts“ vom 10. Februar brachte in der Abendausgabe ein angebliches Mandat des Deutschen Arbeitgeberverbandes für Industrie, Gewerbe, Handel, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr. Wir haben bereits mitgeteilt, daß es einen solchen Arbeitgeberverband nicht gibt, und daß die in dem vermeintlichen Schreiben niedergelegten Anweisungen und Forderungen in diesem Sinne sich zu der Auffassung der deutschen Arbeitgeberverbände haben. Inzwischen haben unsere Nachforschungen weiter ergeben, daß sowohl die Unterfertigung des Mandats als auch der in seinem Text angegebene Name geschildert ist. Der Herr, der sich als Leiter eines derartigen Verbandes betrug handelt, der offensichtlich zu dem sehr durchsichtigen Zweck veranlaßt worden ist, die jetzige Einheits-

front zu zerbrechen. Der Wortlaut des Schreibens mit seinem fremdsprachigen Ausdruck läßt die Vermutung zu, daß es sich um einen ausländischen Agenten handelt. Jetzt hat der „Vorwärts“ das Wort. Man darf auf seine Rechtfertigung gespannt sein.

Weiterberatung des Innenrats im Reichstage.

Der Etat des Innern wird weiter beraten. Abg. Dr. Baur (Soz.) bezieht den einmütigen Protest der Arbeiter gegen den französischen Polizeifreier und kritisiert die französischen Verfügungen auf Beschränkung einiger Grundstücke für die Arbeiter in Sachsen. Er greift die Personalpolitik des französischen Ministers Beller an, der seine Beamten durch Druck auf den Weg zu Requisitionen erziehen wolle und sucht an Hand mehrerer Beispiele nachzuweisen, daß die Personalpolitik und Demoralisation wie im übrigen Deutschland, so auch in Sachsen noch nie so verbreitet gewesen seien, wie jetzt.

Sächsischer Minister Lipinski weist die Angriffe des Vorredners auf die sächsische Regierung als unbegründet zurück. Es seien lediglich zwei Punkte angefochten worden. Die Personalpolitik behauptet sich vor, letztere auf der Basis der politischen Gestaltung aufrecht erhalten zu sein. Genauso wenig trifft die gegen aufgestellte Behauptung des Abg. Dr. Baur (Soz.), daß Sachsen die schlechteste Polizei in ganz Deutschland habe. Die sächsische Regierung übernehme die Gewähr für Ruhe und Sicherheit in Sachsen.

Abg. Dr. March (D. Vp.) bezieht, daß die deutschen Monarchisten Gegner des heutigen Staates seien. Das beweise schon der Dilemma der jenseitigen monarchistischen Parteien im Kampf für den heutigen Staat. Die Monarchisten behaupten sich vor, letztere auf der Basis der politischen Lage eine Veränderung der Staatsform zu erziehen. Nicht bloß die Arbeiterpartei, sondern die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes ohne Parteienunterschied verdient für ihre heroischen Kämpfe den höchsten Dank des Vaterlandes.

Abg. Delius (Dem.) schließt sich diesem Dank an und fordert Maßnahmen, um den schamlosen Vandalismus des Handwerks zu legen. Das Volksgeld müsse schließlich beschützt werden.

Abg. G. Horn (Komm.) lehnt die nationale Einheitsfront in der Ruhrfrage ab. Er fordert Maßnahmen, um zu verhindern, daß der Löwenanteil der Gelder für die Ruhrhilfe in die Taschen der Unternehmer wandere.

Aus Stadt und Umgebung Tagesordnung

zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, dem 19. Februar 1922, abends 6 Uhr.

1. Bildung einer Deputation für Ruzst- und Volkshilfe.
2. Nachanlage von Kanalbenutzungsgebühren.
3. Genehmigung des 1. Nachtrages zur Erläuterung für die Volkshilfeaktion der Stadt Merseburg.
4. Bewilligung von Kosten für Instandhaltung der Baracken auf dem Erzerplatz.
5. Bewilligung von Kosten für Instandsetzungsarbeiten an Baracken 3 an der weißen Mauer.
6. Bewilligung der Kosten für Einbau von Eisenträgern gegen Einbruch im Hochschloßhaus.
7. Genehmigung des Nachtrages 1 zum Gemeindebeschlusse über die Einziehung von Tagelöhnen und Reisekosten.
8. Bewilligung von 500.000 M. zur Ruhrspende.
9. Erhöhung des Schulgeldes des Gymnasiums.
10. Erhöhung des Schulgeldes der Mittelschule.
11. Erhöhung des Fremdenpauschals.
12. Bildung von Grundschulklassen.
13. Beschlusordnung.
14. Nachtrag zur Schanferlaubnissteuerordnung.

Das anstehende Tanzverbot.

Es wird wieder getagt werden. Mit Ausdauer und Beharrlichkeit in der heutigen Entscheidung. Der schamlose Vandalismus und schließlich auch noch als Zugabe den alten erlichen Wälder. Einer hohen Behörde hat es gefallen, einzugehen, daß ein absolutes Tanzverbot nicht über die tröstliche Zeit hinweggehen kann. Inu außerdem wäre einseitig unter Umwidmung unter Umständen die Lebenshilfe ausgeblendet worden. Die Einfahrt kam nicht zu spät. Man hat aber trotzdem Einschränkungen machen müssen. Sollte der Tanz allzu heftig werden oder einige Dauerhafte es nicht begreifen können, warum sie nicht für die geistliche Züchtung besuchen müssen, dann tritt unumwidmung wieder das alte Verbot in Kraft. Es hat mittlerweile wohl der Hartnäckigkeit begriffen, daß ein solches Tanz die Einheitsstimmung in Deutschland nicht erreichen kann. Niemand war mit einem Verbot zufrieden. Man verweigerte sich nicht die geistliche Züchtung, sondern man unterwarf sich dem Tanz, von neuer Lebenshilfe durchdringt, dann patte eines des Dofens ganzer Jammer an. Dürfter sah und dumpfer ergriffen um die Zeit hier als draußen. Tanz? Im Gottesdienst, verboten! Mit Gram im Herzen fuhr man wieder zurück, schielte noch ein paar größerer Apparatens aus siebzig bezeichnend. Im darauf hochmütlich wieder sein Gelehr in den Arm zu nehmen. — Weisheit hätte man jetzt den gleichen Fehler begangen. Aber, wie gesagt, die Einfahrt ist gewonnen. Zwar ist die Nachfrage noch nicht relativ in Merseburg durchgefallen, aber nur Grund, wir werden schon früh genug tanzen, bzw. bis 12 Uhr unser Geld richtig anlegen können.

Wir wollen keinem Unrecht tun. Wie uns in letzter Stunde mitgeteilt wird, sind öffentliche Tanzlokale weiterhin erlaubt. Vereinsvergünstigungen nach vorheriger Anmeldung können ohne Rücksicht auf die Polizeistunde unbefristet abgehalten werden.

Gastspiel des holländischen Stadttheaters „Rosmerdholm“.

Wie der Verein für Heimatkunde uns mitteilt, werden diesmal drei Stücke des Stadttheaters mit: Paula Deiter, Germaine Begler, Franz Böger, Alfred Dürr, u. a. Die Gastspiele des holländischen Stadttheaters „Rosmerdholm“ werden am 17. Februar abends 8 Uhr im Theater und besonders in Wilhelm Tell, Der Gauß und so vorgetragen. Wir werden alle einen besonderen Kunstgenuss haben. Die Aufführung von „Rosmerdholm“ ist besonders ausserordentlich. Wir möchten Sie bitten, sich für die Gastspiele des holländischen Stadttheaters „Rosmerdholm“ zu interessieren. Am 17. Februar abends 8 Uhr im Theater und besonders in Wilhelm Tell, Der Gauß und so vorgetragen. Wir werden alle einen besonderen Kunstgenuss haben. Die Aufführung von „Rosmerdholm“ ist besonders ausserordentlich. Wir möchten Sie bitten, sich für die Gastspiele des holländischen Stadttheaters „Rosmerdholm“ zu interessieren.

Die evangelische Pfarrsynode.

fängt an auch in der Provinz Sachsen erzieulichen Altkatholikern zu finden. Der Kirchenrat Nordhausen hat 145.000 M. in Geld ausgegeben. In einer Gemeinde von 4.000 Seelen sind 108.000 M. an Gaben und Darlehen gespendet worden, in einer Gemeinde von 270 Seelen 4000 M. an Gaben. Zahlreiche Darlehen stehen in Aussicht.

